

Kommunisten im Betrieb. Alternativen zur gewerkschaftlichen Demokratie der 1970er-Jahre

Im Juni 1973 bestreikten etwa 3000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Schiffswerft Bremer Vulkan für acht Tage ihren Betrieb.¹ In einem großen Demonstrationszug durch Bremen-Vegesack riefen sie die Stadtbevölkerung zur Solidarität auf und forderten einen 13. Monatslohn sowie eine Zulage von 70,- DM. Bald waren nicht nur Bremerinnen und Bremer, sondern auch Verantwortliche in Hamburg, Frankfurt und Bonn informiert. Denn was sich hier ereignete, war ein ernst zu nehmendes Ereignis, das – wenn es Wellen schlug – Lohnforderungen in anderen Betrieben nach sich ziehen konnte. Noch bedenklicher war die Tatsache, dass es sich um einen illegalen Streik handelte, der nicht mit der Gewerkschaft abgesprochen war, und die demokratischen Regeln der Tarifpolitik unterlief. Für Gewerkschaften der Bundesrepublik galt eine sogenannte Friedenspflicht, die nur im Fall von Tarifverhandlungen Warnstreiks erlaubte. Sogenannte wilde Streiks kamen dennoch immer wieder vor.² Schon früher waren solche kurzen Arbeitsniederlegungen sowohl von Arbeitgeber- als auch von Gewerkschaftsseite als »zweite Lohnrunde« akzeptiert und durch Zugeständnisse schnell beigelegt worden.³

In diesem Fall waren Unternehmer, Arbeitgeberverband, Gewerkschaft, Polizei und Politik allerdings alarmiert. Dem Streik von 1973 war Ende der 1960er-Jahre bundesweit eine Welle an wilden Streiks vorausgegangen, einige hatte es auch in Bremen gegeben. Besonders der Streik 1969 bei der Klöckner-Hütte hatte für große Aufmerksamkeit gesorgt.⁴ In den Protesten brach sich die Unzufriedenheit mit der Politik und den Ver-

- 1 Der Artikel beruht weitgehend auf den Forschungsergebnissen meiner Dissertation, Johanna Wolf: *Assurances of Friendship. Transnationale Wege von Metallgewerkschaftern in der Schiffbauindustrie, 1950–1980*, Göttingen 2018, Kapitel 2. Die Ereignisse um den wilden Streik 1973 sind auch Gegenstand folgenden Artikels: Johanna Wolf: *Cross-Movement Strike Actions: Works Council and Communist Groups at the Bremer Vulkan Shipyard in the 1970s*, in: *Journal of Labor and Society* 26 (2023), H. 2, S. 103–132.
- 2 Peter Birke hat sich an einigen Stellen kritisch zum Begriff »wilder Streik« geäußert, ihn für wenig »wild« oder auch »spontan« gehalten, ist mangels eines besseren Begriffes aber bei dieser Bezeichnung geblieben, zuletzt hier: Peter Birke: *Demokratisierung von Erinnerungskultur – der Septemberstreik 1969 bei Hoesch*. Arbeitspapier aus der Kommission »Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie«, April 2019, www.boeckler.de/pdf/p_ek_ap_05_2019.pdf (ges. am 27. Mai 2024). Zur damaligen Ausgestaltung des Streikrechts siehe auch Hans Carl Nipperdey, in: Alfred Hueck/Hans Carl Nipperdey: *Lehrbuch des Arbeitsrechts*, Bd. 2, 6. Aufl., Berlin/Frankfurt a. M. 1957, S. 641 ff.
- 3 Peter Birke: *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt a. M./New York 2007.
- 4 Wieland Eschenhagen: *Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften?*, München 1971, S. 75–78; Karl Lauschke: *Widerstand lohnt sich! Die Geschichte der Bremer Hütte – oder: Wieso wird heute noch Stahl in Bremen produziert?*, Hamburg 2017, S. 157.

handlungsergebnissen der Gewerkschaftsführung Bahn. Letztere war vor allem beunruhigt, dass Kommunistinnen und Kommunisten die Belegschaften unterwanderten und das gesamte System zu hinterfragen versuchten. War durch sie die Tarifpolitik in Gefahr? Bedrohten sie die Institutionen der sozialen Demokratie?

Der vorliegende Beitrag will diesen Fragen am Beispiel eines wilden Streiks beim Bremer Vulkan nachgehen und damit die im Kontext des Bandes aufgeworfenen Punkte zu kommunistischem Handeln, Wirken und Partizipationsformen im Betrieb, in Belegschaften und in Gewerkschaften diskutieren. Es wird bei einem Einzelbeispiel bleiben, das ohne weitere Fallstudien nicht verallgemeinert werden kann. Dennoch soll dieser Artikel insofern einen Beitrag zur Debatte leisten, als er die Auseinandersetzungen auf lokaler Ebene im Detail abbildet, einzelne Akteure und ihre politischen Motive herausstellt und sie in breitere Entwicklungen einbettet.

Es soll auch gefragt werden, ob sich die von Claudia Gatzka gemachten Beobachtungen über den Wandel westlicher Demokratien Ende der 1960er-Jahre auf den Ort der Arbeit übertragen lassen, ob sich auch hier ein neues Partizipationsverständnis entwickelte und neue Demokratisierungsformen etablierten.⁵ Wenn in diesem Zusammenhang von Demokratie gesprochen wird, dann ist hier *soziale* Demokratie gemeint: das Ziel, Konzepte und Strategien zu entwickeln, die eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung sicherstellen, aber auch demokratische Teilhabe in der Wirtschaft ermöglichen.⁶ Der Begriff selbst wurde sowohl von den Gewerkschaften als auch den K-Gruppen⁷ sparsam verwendet. Er diente als Chiffre für gesamtgesellschaftliche Fragen. So wurde in den Grundsätzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) von 1949 nur umschrieben, wie sich soziale Demokratie entwickeln sollte: durch eine »grundlegende Neugestaltung der Wirtschaft mit volkswirtschaftlicher Gesamtplanung«, einer umfassenden Mitbestimmung und der Vergemeinschaftung von Schlüsselindustrien.⁸ Davon rückte man seit dem sogenannten Düsseldorfer Gewerkschaftsprogramm von 1963 allerdings ab. Gewerkschaften sollten nun als »Integrationsfaktor der Demokratie« fungieren, Wirtschaft und Gesellschaft in »sozialer Symmetrie gestaltet werden«.⁹

5 Claudia Christiane Gatzka: Die Demokratie der Wähler, Düsseldorf 2019, S. 419.

6 Stefan Berger/Wolfgang Jäger/Ulf Teichmann: Erinnerungsgeschichte sozialer Demokratie, in: dies. (Hg.): Gewerkschaft im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur? Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2022, S. 13–40, S. 19; Geoff Eley: Forging Democracy: The History of the Left in Europe, 1850–2000, Oxford u. a. 2002, S. 22.

7 In den 1970er-Jahren existierte eine Vielzahl an kommunistischen Organisationen, die sich zwar in bestimmten – sie selbst würden sagen »wesentlichen« – Punkten voneinander unterschieden, aber alle den Begriff »Kommunismus« im Namen trugen und einer breiten neuen linken Bewegung zuzuordnen sind. Da der Begriff »K-Gruppen« zeitgenössisch genutzt wurde und in der Literatur Verwendung findet, soll er hier als Sammelbegriff dienen. Die unterschiedlichen Positionen und Gruppierungen, die auf dem Bremer Vulkan eine Rolle spielten, werden noch genauer erläutert.

8 Berger/Jäger/Teichmann: Erinnerungsgeschichte (Anm. 6), S. 19.

9 Ludwig Rosenberg: Soziale Demokratie verwirklichen. Ansprache auf einer Kundgebung des DGB am 19.2.1968 in Düsseldorf, nach Berger/Jäger/Teichmann: Erinnerungsgeschichte (Anm. 6), S. 21.

In den Programmen der K-Gruppen wurde der Begriff Demokratie meist erwähnt, um die von den Gewerkschaften proklamierten demokratischen Verfahrensweisen, vor allem die repräsentative Demokratie, zu hinterfragen. Im Rechenschaftsbericht des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) vom Januar 1975 war die Rede vom »Angriff auf die Verletzung der demokratischen Regeln durch die Gewerkschaftsfunktionäre«.¹⁰ Ziel der K-Gruppen war es, die »Arbeiterklasse für die proletarische Revolution und den Kommunismus zu gewinnen« und mithilfe gewerkschaftlicher Arbeit die »Interessen der Massen« zu vertreten.¹¹ Was sich im betrieblichen Alltag abspielte, hatte deshalb mit der Aus- oder Neuverhandlung demokratischer Verfahrensregeln zu tun.

Wie das Beispiel des Bremer Vulkan zeigen wird, ging es bei der Abstimmung über das Verhandlungsergebnis auf einer Betriebsversammlung um die Frage, wer im Fall eines wilden Streiks stimmberechtigt sein sollte: die gewählten Gewerkschaftsvertreter, der sogenannte Vertrauensleutekörper oder die *gesamte* Belegschaft – gewerkschaftlich Organisierte wie Unorganisierte, die gemeinsam die Arbeit niedergelegt hatten. Dass die Forderung nach einer Abstimmung aller auf die K-Gruppen zurückging, lässt sich aus verschiedenen Quellen rekonstruieren. Die häufig gestellte Frage, inwiefern die K-Gruppen insgesamt Einfluss auf das Geschehen in den Betrieben hatten, kann gerade im Hinblick auf ihre Breitenwirkung nicht eindeutig beantwortet werden – zu unklar ist, wie die Flugblätter und Betriebszellenzeitschriften rezipiert wurden, wie viele Akteure im Betrieb aktiv waren und welchen direkten Einfluss sie auf die Diskussionen im Betriebsgeschehen nahmen.¹² Auch Jan Ole Arps konstatiert in seiner Arbeit über den Kontakt zwischen linken Akteurinnen und Akteuren, Arbeiterinnen und Arbeitern im Betrieb, dass dieser nicht quantitativ gemessen, sondern nur qualitativ beschrieben werden könne; wie beispielsweise die Verbindungen von radikaler Kritik und Arbeitsalltag aussahen, wie die Politisierung der Arbeitskonflikte stattfand und revolutionäre Ansichten auf Fabrikalltag stießen und verformt wurden.¹³ Das ist anhand der Quellenlage schon schwer genug. Der Unternehmensbestand des Bremer Vulkan enthält keine Betriebsratsprotokolle, weshalb die Aushandlung zwischen Betriebsrat und K-Gruppen in Gremien und Versammlungen nicht nachvollzogen werden kann. Durch die außer-

10 Auszug aus dem Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland an die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Januar 1975, in: Kommunistischer Bund Westdeutschland: Für klassenbewusste, kampfstärke Einheitsgewerkschaften! Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften, Plankstadt 1975, hier S. 7 f. www.mao-projekt.de/BRD/ORG/KBW/KBW_DGB_1975_Einheitsgewerkschaft.shtml (ges. am 27. Mai 2024).

11 Leitsätze zur Arbeit in den Gewerkschaften (angenommen auf der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands [KBW], Juni 1973), in: Kommunistischer Bund Westdeutschlands: Einheitsgewerkschaften (Anm. 10), S. 13 f.

12 Einer der wenigen Berichte eines Akteurs findet sich in: Wir warn die stärkste der Parteien ... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977, S. 108–126. Einige Zahlen über den Anteil von DKP- und anderen K-Gruppen-Mitgliedern in Betriebsräten hat Knud Andresen zusammengetragen, Knud Andresen: Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er, Göttingen 2016, S. 345.

13 Jan Ole Arps: Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren, Berlin 2011, S. 8 f.

ordentlichen Verdienste des jüngst verstorbenen Jürgen Schröder, der zahlreiche Flugblätter, Betriebszeitungen und politische Zeitungen von K-Gruppen in Bremen gesammelt und in einer Onlinedatenbank der Forschung zur Verfügung gestellt hat,¹⁴ lässt sich zwar einiges über die Aktivitäten, Konflikte und Wahrnehmungen der Betriebsgeschehnisse aus Sicht der K-Gruppen rekonstruieren, nichts aber über den Austausch und Kontakt aus der Perspektive der Arbeiterinnen und Arbeiter. Es bleiben also Lücken, die nur schwer durch Zeitzeugeninterviews zu füllen sind.¹⁵

Die Ereignisse auf der Bremer Vulkan-Werft waren eingebettet in Diskussionen um die Entwicklung der Sozialdemokratie dieser Jahre, um Erfolg und Misserfolg der Konzentrierten Aktion, die mit dem Stabilitätsgesetz 1967 eingeführt wurde, um auf höchster Ebene eine tripartite Kommunikation zu ermöglichen.¹⁶ Doch während die Gewerkschaftsspitze ein bisher »kaum erreichtes Maß an Anerkennung« und die »Stabilisierung des deutschen Modells industrieller Beziehungen« verwirklicht sah, entwickelten sich in den Betrieben spontane Streiks, in denen der Unmut über die »abgesprochene« Tarifpolitik zum Ausdruck gebracht wurde.¹⁷

Auch wenn die Industriegewerkschaft Metall (IGM), gewerkschaftliche Interessenvertreterin der Werftarbeiterinnen und Werftarbeiter, als progressivste der DGB-Gewerkschaften galt und zu ihren programmatischen Forderungen zu dieser Zeit noch die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien gehörte, war im politischen Alltagsgeschäft davon nicht viel zu spüren.¹⁸ Die mitgliederstarke Organisation führte zwar harte Tarifverhandlungen, blieb mit ihren Ergebnissen aber hinter den Erwartungen ihrer Mitglieder zurück. Dies zeigt auch die Streikwelle von 1969, die vor allem von Stahl- und Industrieunternehmen ausging.¹⁹ Eine erneute Streikwelle in den Betrieben erlebte die IGM 1973 mit 458 spontanen Streiks und über 325.000 Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten, die sich daran beteiligten.²⁰

14 Jürgen Schröder: Bremen-Nord. Bremer Vulkan AG. Materialien zur Analyse von Opposition, www.mao-projekt.de/BRD/NS/BRE/Bremen_IGM_Vulkan.shtml (ges. am 27. Mai 2024).

15 Im Kontext der zu diesem Thema entstandenen Dissertation wurde ein Interview mit dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden geführt, der auf Fragen zu politischen Akteuren selten konkrete Antworten gab, zuweilen nur antwortete, wenn der Mitschnitt des Interviews gestoppt wurde.

16 Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011; Wolfgang Schroeder: Gewerkschaften als soziale Bewegung – soziale Bewegung in den Gewerkschaften in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte (2004), Bd. 44, S. 243–266; Klaus Kempter: Gefolgschaft, Kooperation und Dissens. Die Gewerkschaften in der sozial-liberalen Ära 1969–1982, in: Oliver von Mengersen u. a. (Hg.): Personen. Soziale Bewegungen. Parteien, Heidelberg 2004, S. 281–298, hier S. 285.

17 Wolfgang Schroeder: Industrielle Beziehungen in den 60er Jahren – unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, 2. Aufl. Hamburg 2003, S. 492–527, hier S. 524.

18 Ralf Hoffrogge: Sozialpartnerschaft mit kurzer Tradition. Korporatismus, Voluntarismus und die »Varianten des Kapitalismus« am Beispiel der Industriegewerkschaft Metall (IGM) und der Amalgamated Engineering Union (AEU), in: Sozial.Geschichte Online 34 (2023), S. 123–158.

19 Michael Schumann u. a.: Am Beispiel der Septemberstreiks. Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse. Eine empirische Untersuchung, Frankfurt a. M. 1971.

20 Forschergruppe »Metallerstreik«: Streik und Arbeiterbewußtsein. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung des Metallerstreiks im Unterwesergebiet, Frankfurt a. M. 1979, hier S. 45.

I. Alte und Neue Linke

In diesen Streiks glaubten die K-Gruppen »revolutionäres Potenzial« zu erkennen. Ziel war es, die etablierten Institutionen, Betriebsräte und Gewerkschaften und deren sozialdemokratische Leitlinien zu hinterfragen und ihnen eine politische Stoßrichtung zu geben – im besten Fall durch eine Umwälzung des gesamten Systems.²¹ Bei der Beurteilung der Qualität der Zusammenarbeit zwischen linken Akteurinnen und Akteuren sowie Arbeiterinnen und Arbeitern ist zwischen der Solidarisierung auf der Straße und gemeinsamen Aktionen im Betrieb zu unterscheiden, denn es handelte sich hier um unterschiedliche Arenen mit unterschiedlichen Adressaten und Zielsetzungen. Mit Blick auf die Proteste zur Notstandsgesetzgebung waren die sozialen und kulturellen Barrieren zwischen Arbeiterinnen, Arbeitern und Studierenden beispielsweise groß.²² Doch das Verhältnis innerhalb der Arbeitswelt gestaltete sich komplexer: »Hier entstanden lokale Kommunikationsräume, in denen grundsätzliche Differenzen zumindest zeitweise zurückgestellt wurden«, und in denen sich lokale Bündnisse bildeten, die über die ideologischen, generationellen oder sozialen Grenzen hinausgingen.²³

In Bremen taten sich die Gewerkschaften 1968 mit einer eindeutigen Positionierung gegenüber der außerparlamentarischen Opposition, die sich aus Studierenden der Pädagogischen Hochschule (die Universität wurde erst 1971 gegründet) und Schülerinnen und Schülern zusammensetzte, schwer. Die Proteste gegen die Fahrpreiserhöhung bei öffentlichen Verkehrsmitteln und gegen die Notstandsgesetze erhielten von wenigen Bremer Arbeiterinnen und Arbeitern Unterstützung, darunter aber die Gruppe Arbeiterpolitik der Klöckner-Hütte.²⁴ Dabei ist interessant, dass einige der aktiven Kommunistinnen und Kommunisten bei Klöckner nicht zur Neuen Linken gehörten, sondern langjährige Arbeiterinnen und Arbeiter des Unternehmens waren, die seit den 1950er-Jahren immer wieder erfolgreich in den Betriebsrat gewählt wurden – was das Argument der Komplexität unterstreicht.²⁵

21 Bernd Gehrke/Gerd-Rainer Horn (Hg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum »proletarischen Mai« in Europa, Hamburg 2007; Peter Birke/Bernd Hüttner/Gottfried Oy (Hg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009.

22 Marica Tolomelli: »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet«. Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien, Wiesbaden 2001; Ingrid Gilcher-Holtey: Mai 68 in Frankreich, in: dies. (Hg.): 1968: vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt a. M. 2008, S. 15–46.

23 Andresen: Gebremste Radikalisierung (Anm. 12), S. 27; David Templin: »Lehrzeit – keine Leerzeit!« Die Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968–1972, München 2011; Ulf Teichmann/Christian Wicke: Alte und Neue soziale Bewegungen. Einleitende Anmerkungen, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte: Zeitschrift für historische Studien 17 (2018), H. 3, insb. S. 11–19, sowie die anderen Aufsätze dieser Ausgabe; Sebastian Kasper: Spontis. Eine Geschichte antiautoritärer Linker im roten Jahrzehnt, Münster 2019.

24 Lauschke: Widerstand (Anm. 4), S. 61–69.

25 Zur Gruppe Arbeiterpolitik allgemein Kritidis: Linkssozialistische Opposition (Anm. 19), S. 202–205. Laut Eschenhagen waren seit Bestehen des Unternehmens auch DKP-Mitglieder aktiv, die auch im Betriebsrat bedeutende Positionen einnahmen, Eschenhagen: Antigewerkschaftlicher Kampf (Anm. 4), S. 32–41. Dies bestätigt auch Lauschke in seiner Arbeit, wobei er die Differenzierung der »Kommunisten«, wie er sie allgemein nennt, vor den Ereignissen von 1969 weniger stark

Als erste »radikale Kraft« auf dem Bremer Vulkan zeigte sich 1969 die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Sie wird allerdings nicht zu den K-Gruppen gezählt. Im September 1968 war sie von ehemaligen Mitgliedern der illegalen KPD gebildet worden und wurde mit finanzieller Unterstützung der DDR zur mitgliederstärksten Organisation des linken Spektrums. Die Mitgliederzahlen stiegen noch im Gründungsjahr auf 6000 Personen bundesweit, drei Jahre später waren es schon 33.410.²⁶ In Bremen fand sie besonders bei der Jugend Beachtung, wie die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 1971 zeigt, wo sie von den 18- bis 21-Jährigen 9,8 Prozent der Stimmen erhielt.²⁷ Ihre frühe Verortung in den Betrieben machte es möglich, dass sie bereits während der Streikwelle von 1969 aktiv war. Wie stark sie allerdings ins Betriebsgeschehen eingriff, ist unklar. Eine Politisierung war laut Peter Birke meist nicht erwünscht und Jan Ole Arps attestiert ihr keinen nennenswerten Zuspruch.²⁸ Auf dem Bremer Vulkan gab sie seit 1971 die *Werft-Nachrichten* heraus.²⁹

Seit 1970 war auf der Bremer Vulkan-Werft auch der Kommunistische Bund Bremen (KBB) aktiv. Der KBB vertrat »radikaldemokratische« Positionen, die konkret in den Forderungen nach Aufhebung der Friedenspflicht und einer Beseitigung des Betriebsverfassungsgesetzes zum Ausdruck kamen.³⁰ Den Bremer Vulkan sah man als Betrieb mit besonderem Potenzial, verteilte zunächst vor Betriebs- und Vertrauensleuteversammlungen Flugblätter, seit Dezember 1972 auch die betriebseigene Zeitschrift *Das Ruder*. Die Gruppe suchte vor allem Kontakt zu jungen Arbeiterinnen und Arbeitern, berichtete von den Missständen in der Lehrlingsausbildung und veröffentlichte ihre Forderungen in der eigenen Zeitschrift. In Bezug auf die Gewerkschaftspolitik bemühte sich der KBB um eine Bewegung von unten, die den sozialdemokratischen Kompromiss mit der Regierung und den Arbeitgebern überwinden sollte (»Raus aus der konzertierten Aktion«). Einzelne Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden diskreditiert und angegriffen, wie Dieter Kirchhoff, der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende des Bremer Vulkan.³¹ Um die Gewerkschaften von unten zu unterlaufen, versuchte die Betriebszelle,

vornimmt, sondern erst nach dem Streik von einem Auseinanderbrechen der Linken spricht, Lauschke: Widerstand (Anm. 4), S. 138. Dass die Zuschreibung der Akteure zu den jeweiligen Gruppen nicht immer leicht ist, macht die von Eschenhagen gemachte Beobachtung deutlich, dass man sich als politische Gruppe nicht immer zu erkennen gab, »um sich nicht von Anfang an der Gefahr der Isolierung« auszusetzen, sei es durch sozialdemokratische Gruppen oder durch die DKP, Eschenhagen: Antigewerkschaftlicher Kampf (Anm. 4), S. 40. Kritisch anzumerken ist hier, dass Eschenhagen sich in seiner Publikation eindeutig auf die Seite der Gruppe Arbeiterpolitik schlägt.

26 Georg Fülberth: KPD und DKP. 1945–1990, 2., überarb. Aufl. Heilbronn 1992, S. 117.

27 Ebd., S. 130.

28 Birke: Wilde Streiks (Anm. 3), S. 248; Arps: Frühschicht (Anm. 13), S. 28.

29 In der Datenbank von Jürgen Schröder ist die DKP bzw. sind die »Werftnachrichten« nicht vorhanden, jedoch sind sie im Bestand des Bremer Vulkan im Staatsarchiv Bremen (StAB) im Zusammenhang mit dem Streik von 1971 dokumentiert.

30 Michael Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002, S. 25; KBB: Der Brenner, Nr. 3, Bremen Juli 1971, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

31 Das Ruder: Den Lohnkampf konsequent fortsetzen!, Nr. 1, Dez. 1972, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

ihre eigenen Kandidaten in Vertretungspositionen zu bringen. Mit »eigenen« Vertrauensleuten könnten außerordentliche Betriebsversammlungen durchgeführt werden, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und sogar Streiks, hieß es vonseiten des KBB.³² Statt einer Gewerkschaftsopposition, wie es andere K-Gruppen vorschlugen, ging es dem KBB darum, sich innerhalb der IGM zu organisieren.³³ Zum Kern seiner Tätigkeit gehörte es auch, für Lohnkämpfe zu mobilisieren. Bemerkenswert ist die Kenntnis über technische Entwicklungen auf der Werft, was für die ernsthafte Beschäftigung des KBB mit der Arbeit im Betrieb spricht. Die Betriebszelle setzte sich mit den alltäglichen Herausforderungen des Betriebsalltags auseinander. Es wurde über Unfallschutz und Unfallzahlen berichtet und über die Einführung bestimmter Automaten zur Rationalisierung der Produktion, die man aufgrund negativer Folgen für die Belegschaft kritisch sah.³⁴

Aus dem KBB ging 1973 der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) hervor. Seiner Gründung war eine fast zweijährige Programmdebatte vorausgegangen, in der es auch um den Einfluss in den Gewerkschaften ging, um den Kampf gegen sogenannte Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten und die »gewerkschaftliche und politische Aktionsfreiheit« im Betrieb.³⁵ Die Bremer Organisation spielte im Gründungsprozess des KBW eine wichtige Rolle und stellte im Juni 1973 den Ort der Gründungskonferenz.³⁶ In Bremen erreichte der KBW 1975 0,6 Prozent der Stimmen bei der Landtagswahl.³⁷ Seine Mitgliederzahl war allerdings überschaubar: 1976 sollen ihm 2800 Personen angehört haben.³⁸

Die hier besprochenen politisch aktiven Gruppen konkurrierten miteinander. Der KBB/KBW kritisierte die Nähe der DKP zur SED und warf ihr eine revisionistische Linie vor. Darüber fanden in Bremen auch öffentlich Auseinandersetzungen statt, die nicht selten in gegenseitigen Anschuldigungen über falsch verfolgte Taktiken mündeten.

32 Das Ruder: Vertrauensleutekörper – Kampforgan der Klasse! zu den Vertrauensleutewahlen, Nr. 2, Jan. 1973, in: Schröder: Bremer Vulkan AG.

33 Spätestens seit März 1973 versuchte der KBB kommunistische Akteure aktiv bei Betriebsratskandidaturen zu unterstützen: So berichtete der KBB, dass der KBB-Kandidat Heinz Scholz nur durch den massiven Widerstand aus den »SPD-Reihen« nicht genügend Stimmen für die Wahl als freigestellter Betriebsrat erhielt, und machte dafür den Vorsitzenden Kirchhoff verantwortlich. Das Ruder: Kirchhoff & Co: Konsequenz gegen Arbeiterinteressen!, Nr. 3, März 1973, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

34 Das Ruder: Rationalisierung ist Arbeitshetze! Zum Thema: Umstellung der Hallenkräne; Akkord ist Mord! Zum Thema: Unfallverhütung, Nr. 1, Dez. 1972, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

35 Jürgen Bacia: Der Kommunistische Bund Westdeutschland, in: Richard Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch, Opladen 1983, S. 1648–1662, hier S. 1651; Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, 2. Aufl. Köln 2001, S. 419 f.

36 Andreas Kühn: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 35 ff.

37 Obwohl sich der KBW nicht als Partei verstand, nahm er mehrmals an Wahlen teil, Jens Benicke: Die K-Gruppen. Entstehung – Entwicklung – Niedergang, Wiesbaden 2019, S. 29.

38 Frank D. Karl: Die K-Gruppen, Bonn – Bad Godesberg 1976, S. 18, zit. nach: Anton Stengl: Zur Geschichte der »K-Gruppen«. Marxisten-Leninisten in der BRD der Siebziger Jahre, Frankfurt a. M. 2011, S. 67.

Diese Abgrenzung war nicht nur auf ideologische Fragen zurückzuführen, sondern auch auf die regionalen Hegemonien der jeweiligen Gruppen.³⁹ Dies kann auch ein Grund dafür gewesen sein, dass die Proletarische Front⁴⁰ und der Kommunistische Bund Hamburg⁴¹ in Bremen keine Wurzeln schlagen konnten. Über die Zahl der Mitglieder lässt sich zwar keine konkrete Aussage treffen, aber das Quellenmaterial des KBB/KBW und der DKP lässt vermuten, dass die beiden Gruppen in Bremen nicht nur über einen längeren Atem verfügten, sondern auch personell besser aufgestellt waren.

Seit 1974 begann sich auch die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) für die Ereignisse auf dem Bremer Vulkan zu interessieren. Sie hatte sich als Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO) bereits im März 1970 gegründet und führte seit Juli 1971 nur noch die Bezeichnung KPD. Ein »Regionalkomitee Wasserkante« rief Ende Mai 1974 in Bremen zu einer Veranstaltung auf und hielt zwei Monate darauf seine erste Mitgliederversammlung ab.⁴² Als »Rote-Fahne-Freundeskreis« war die KPD bereits mit Flugblättern und durch die Verteilung der *Roten Fahne* auf der Werft aktiv geworden, nun versuchte sie, mit einer Betriebszelle Fuß zu fassen.⁴³ Kurz darauf erschien *Der Vulkan* als einzige Betriebszeitung der KPD in Bremen. Unter der Überschrift »Was will die KPD?« formulierte die Betriebszelle ihr politisches Programm gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Bourgeoisie, Sozialdemokratie, Reformen, Konzertierte Aktion und für eine sozialistische Revolution der Arbeiterklasse.⁴⁴ Die KPD verstand sich als die einzig richtige politische Antwort auf die Verhältnisse und stellte sich gegen den KBW, der es in der Vergangenheit nicht geschafft habe, die Verhältnisse zu verändern und in »die Front der Vulkanesen« nur Verwirrung und Spaltung getragen habe.⁴⁵

39 Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein (Anm. 30), S. 72.

40 Im Januar 1970 hatte sich in Hamburg die Gruppe Trikont gegründet, die sich etwa ein Jahr später in Proletarische Front umbenannte. Die Gruppe hatte mehrere Untergruppen, darunter auch die Proletarische Front – Gruppe westdeutscher Kommunisten. Sie gab eine eigene Zeitschrift unter dem gleichnamigen Titel heraus, Dietmar Lange: Betriebsintervention und Internationalismus Anfang der 1970er Jahre. Interview mit Karl-Heinz Roth, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien 15 (2016), H. 1, S. 100–108.

41 Der Kommunistische Bund Hamburg gründete sich zwischen Oktober und Dezember 1971. Er ging aus den Hamburger Gruppen Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ) und dem Kommunistischen Arbeiterbund (KAB) hervor und verstand sich als eine praxisorientierte, programmatische, flexible und auf einer breiten Basis verankerte Organisation. Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein (Anm. 30), S. 73.

42 Rote Fahne – Regionalkomitee Wasserkante: Podiumsdiskussion zum Programm-Entwurf mit KBW-Opportunisten, Nr. 23, Dortmund 5. Juni 1974, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

43 Rote Fahne – Ortsleitung Bremen: Parteaufbau geht voran!, Nr. 34, Dortmund 21. August 1974, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14). Als politischer Anknüpfungspunkt galten darüber hinaus die Klöckner-Werke, die Stahlbetriebe und Hafenarbeiter. Die KPD sagte auch der Bremer Stadt den Kampf an: Sie warb für billigen Wohnraum und wandte sich gegen Heizkostenerhöhungen. An der noch jungen Bremer Universität galt es, den kommunistischen Studentenverband zu unterstützen.

44 Der Vulkan: Was will die KPD?, Nr. 1, 3. September 1974, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

45 Ebd.

II. Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Die politischen Aktivitäten in den Betrieben blieben den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern nicht verborgen, zumal sie attackiert und nicht selten auch verbal angegriffen wurden, was sie zum Anlass nahmen, gegen Personen der K-Gruppen vorzugehen. Zunächst wurden einzelne sanktioniert oder ausgeschlossen, wie im Fall der Klöckner-Hütte 1968/69, was mit der Satzung der IGM bei »gewerkschaftsschädigendem Verhalten« schon vor dem Unvereinbarkeitsbeschluss möglich war.⁴⁶ Da man diese Einzelverfahren aber aufgrund ihrer Menge nicht mehr bewältigen konnte, forderte der IGM-Vorsitzende Eugen Loderer im Januar 1973, das Problem mit den »ultralinken Gruppen« strukturell anzugehen.⁴⁷ Im April folgte der Beschluss im Beirat, dass eine Mitgliedschaft in der IGM mit derjenigen in einer Organisation der »revolutionären Gewerkschaftsopposition« nicht vereinbar sei. Betroffen waren hiervon die KPD/ML (Marxisten-Leninisten), die KPD/AO, der Kommunistische Arbeiterbund, der Kommunistische Bund und die »Arbeiter-Basisgruppen«. Wer als Linksradikaler verdächtigt wurde, hatte eine »Loyalitätserklärung« zu unterzeichnen.⁴⁸ Die DKP war von diesen Ausschlüssen nicht betroffen. Die IGM gehörte, neben der IG Druck und Papier, zu den ersten Gewerkschaften, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse festlegten. Der DGB folgte erst im Oktober 1973.⁴⁹

Beim Bremer Vulkan hatte sich im Vorfeld des Streiks 1973 ein Disput zwischen dem sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden Dieter Kirchhoff und den politischen Akteuren Heinz Scholz, Mitglied des »Rote-Fahne-Freundeskreises« und später der KPD (ehemals KPD/AO) sowie der IGM, und Hartwig Elster, gewerkschaftlicher Jugendvertreter und KBB-Mitglied, entsponnen. Kirchhoff las *Das Ruder* und war über die Aktivitäten des KBB informiert. Er versuchte zunächst, Scholz und Elster durch Nichtbeachtung und abschätzige Kommentare zu diskreditieren.⁵⁰ Auf einer Betriebsratssitzung nach der Demonstration am 1. Mai 1973 sprach er sich erstmals für einen Ausschluss Elsters aufgrund gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens aus. Der konkrete Vorwurf lau-

46 Siehe die ausführliche Darstellung zum Umgang mit den Kommunisten Max Müller und Bonno Schütter 1968/69 bei Klöckner, Lauschke: Widerstand (Anm. 4), S. 94–110.

47 Klaus Kempster: Eugen Loderer und die IG Metall. Biografie eines Gewerkschafters, Filderstadt 2003, S. 290.

48 Ebd.; IG Metall: Betriebsbeschluss, 1973. Abgedruckt in: »Metall – Zeitung der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland«, Nr. 9 vom 2. Mai 1973, S. 3, zit. nach: Arps: Frühschicht (Anm. 13), S. 154.

49 Marcel Bois: Von den Grenzen der Toleranz. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegen Kommunistinnen und Kommunisten in den eigenen Reihen (1974–1980), Weinheim/Basel 2021, S. 36. Die Aufarbeitung der gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse ist in jüngster Zeit vor allem in Bezug auf die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) betrieben worden. Siehe dazu auch die Arbeit von Alexandra Jaeger: Abgrenzungen und Ausschlüsse. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW Hamburg in den 1970er Jahren, Weinheim 2020. Bei der IGM steht eine solche Aufarbeitung noch aus.

50 Das Ruder: Extrablatt »Kirchhoff«: Weiter konsequent gegen Demokratie und Arbeiterinteressen!, o. J. [1973], in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

tete, Elster habe sich nicht vom Extrablatt des *Ruders* und der Denunziation Kirchhoffs distanziert und wolle eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufbauen. Dies sei nicht mit dem Beschluss der IGM vereinbar.⁵¹ Selbstbewusst und konfrontativ erwiderte der KBB im *Ruder*: »Das Ziel des Beiratsbeschlusses ist es, der wiedererstarkenden Arbeiterbewegung den Kopf abzuhacken. [...] Und wenn jemand in den Gewerkschaften eine Politik gegen die Arbeiterinteressen macht, dann muß er sich nicht wundern, wenn er von den Kommunisten und vielen Arbeitern deshalb angegriffen wird. Aber mit Gewerkschaftsfeindlichkeit hat das nichts zu tun. Vielmehr dreht es sich dabei gerade um die Frage, welche Politik in den Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter am besten vertritt und durchsetzt.«⁵²

Am 15. Mai reichte Kirchhoff einen Antrag auf Ausschluss Elsters, Scholz' und zweier weiterer Kollegen aus der Gewerkschaft in Bremen ein.⁵³ Drei Wochen später begann der wilde Streik.

III. Der wilde Streik 1973

Der Streik kündigte sich am 8. Juni 1973 an, als am Freitag vor Pfingsten einige Arbeiterinnen und Arbeiter vorzeitig ihre Arbeit niederlegten. Sie brachten damit ihre Unzufriedenheit über die letzte Tarifierhöhung von 8,5 Prozent zum Ausdruck und forderten eine Zulage, die den Preisanstieg für alltägliche Waren kompensieren sollte. Die Inflationsrate betrug im Januar 1973 fast sieben Prozent. Vor diesem Hintergrund stellte die Tarifierhöhung immer noch einen Reallohnverlust dar.⁵⁴ Doch nicht nur in den Betrieben, auch in Presse und Öffentlichkeit wurde das Verhandlungsergebnis kritisch bewertet. Die Rede war von »Debakel« und »bitterster Niederlage« für die IGM.⁵⁵

Nach Pfingsten hielt der Betriebsrat des Bremer Vulkan eine Betriebsratssitzung ab und forderte im Anschluss eine Zulage von 70 DM sowie einen 13. Monatslohn von der Unternehmensleitung – beides wurde abgelehnt. Schon bald schalteten sich Vermittler ein, um den Konflikt beim Bremer Vulkan beizulegen. So stellte sich der sozialdemokratische Bremer Wirtschaftssenator Karl-Heinz Jantzen auf einem Treffen von Betriebsrat und Geschäftsleitung hinter die Forderungen der Beschäftigten und riet, den Teuerungszuschlag zu zahlen.⁵⁶ Als früherer Bevollmächtigter der IGM Bremen kannte der Senator die üblichen Verfahren »zweiter Lohnrunden« und hoffte auf eine schnelle Beilegung des Konflikts. Als die Arbeiterinnen und Arbeiter auf einer anschließenden Betriebsversammlung von der ablehnenden Haltung der Geschäftsführung erfuhren,

51 Das *Ruder*: Die Ausschlußdrohungen gegen konsequente Gewerkschafter und Arbeitervertreter zurückweisen!, Nr. 6, Mai 1973, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

52 Ebd.

53 Das *Ruder*, Nr. 7, Juni 1973, in: Streiks 1971–1973, StAB 6,2121-666.

54 Birke: Wilde Streiks (Anm. 3), S. 288.

55 Kempfer: Eugen Loderer (Anm. 47), S. 287.

56 Niederschrift: Gespräch beim Senator für Arbeit, Herrn Jantzen am 13. Juni 1973, in: Wilder Streik 1973, Bd.1, StAB 7,2121/1-667.

entschieden sie sich für eine vollständige Arbeitsniederlegung und zogen demonstrierend durch den Bremer Ortsteil Vegesack, den Standort der Werft, um auch in der Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit zu sorgen.⁵⁷

Am 15. Juni nahmen der Betriebsrat und das Direktorium des Bremer Vulkan die Gespräche wieder auf. Die Geschäftsleitung forderte von den anwesenden Betriebsräten, den Betriebsfrieden wiederherzustellen und die Belegschaft über die Unrechtmäßigkeit der Arbeitsniederlegungen zu informieren. Sich der Illegalität des Streiks bewusst, hob der anwesende Betriebsratsvorsitzende Kirchhoff hervor, er habe nicht zur Arbeitsniederlegung aufgerufen, müsse aber nun für die Belegschaft verhandeln. Es ist interessant, dass er sich trotz der Illegalität des Streiks als Interessenvertreter der Streikenden verstand und in die Verhandlung mit der Geschäftsleitung ging, sich dabei nicht auf Kompromissvorschläge einließ, sondern die Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter vertrat.

Um weiteren Druck aufzubauen, erläuterte die Geschäftsleitung, die Forderungen der Belegschaft bedeuteten eine Mehrbelastung von 15 Millionen D-Mark. Dies entspreche einem Viertel des Aktienkapitals und sei für das Unternehmen nicht verkraftbar.⁵⁸ Auf die Nachfrage des Betriebsrats, was stattdessen verkraftbar sei, ging die Geschäftsleitung nicht ein, sondern schlug eine Kommission vor, die die Löhne auf dem Bremer Vulkan mit denen anderer Bremer Werften vergleichen sollte. Doch der Betriebsrat beharrte auf den ursprünglichen Forderungen und befand die Einsetzung einer solchen Kommission für zu langwierig. Parallel zu den Verhandlungen schrieb die Geschäftsleitung einen Brief an die Belegschaft, in dem sie die Streikenden aufforderte, ihre Haltung zu überdenken. Für den Fall, dass sie ihre Arbeit wiederaufnahmen, bot sie ihnen Gehaltszulagen an.⁵⁹

Dass die zuvor erwähnten K-Gruppen-Akteure Hartwig Elster und Heinz Scholz in diesem Streik zu agitieren versuchten, belegen zahlreiche Wortbeiträge auf den Betriebsversammlungen. Beispielsweise versuchte Elster die Streikenden in ihrem Protest zu lenken: »... es wurde eine Parole rausgegeben: ›Geschäftsleute in Bremen-Nord und auch

57 Bericht zum wilden Streik vom 8.6.–21.6.73, in: Wilder Streik 1973, Bd. 1, StAB 7,2121/1-667.

58 Die Kalkulation der Geschäftsleitung setzte sich aus folgenden Zahlen zusammen: Für den Angestelltenbereich bei 979 Personen und 70 DM mehr pro Monat: 115.000 DM. (Das 13. Monatsgehalt wurde extra berechnet: rund 1.952.000 DM.) Für die gewerblichen Arbeitnehmer [Arbeiter] schlug die Erhöhung um 70 DM bei 4.259 Personen mit 505.000 DM zu buche. (Das 13. Monatsgehalt bedeutete noch einmal 9.275.000 DM zusätzlich.) Ohne Verrechnung von Urlaubsvergütung und Weihnachtsgeld kam man insgesamt auf eine Jahresmehrbelastung von 18.977.000 DM. Interessant ist, dass man trotz der »Illegalität« des Streiks die Unterstützung des Arbeitgeberverbands erwartete, denn aufgelistet waren während der Streiktage pro Arbeitstag 70 Prozent des eigentlichen Lohns. Voraussetzung war aber, dass sich genügend Mittel im Unterstützungsfonds befanden. Aktennotiz, Betreff: Belastung durch den Streik, 18. Juni 1973, in: Streiks 1971–1973, StAB 7,2121/1-666.

59 Brief an die Mitarbeiter am 18. Juni 1973, in: Streiks 1971–1973, StAB 7,2121/1-666. Aus einem internen Schreiben der Geschäftsleitung geht hervor, dass Belegschaftsmitglieder, die sich nicht am Streik beteiligten, während der Streiktage eine Vergütung über 20 Arbeitsstunden erhalten sollten, die man ihnen »möglichst unauffällig« zukommen lassen wollte. Siehe dazu: Notiz über Behandlung von »arbeitswilligen« Arbeitnehmern – Auszahlung von Lohn, o. A., in: Streiks 1971–1973, StAB 7,2121/1-666.

Bürger solidarisiert Euch! Senkt die Preise!« Kollegen, in dieser Parole ist ein dicker Widerspruch. Wir sind auf die Straße gegangen, um gegen die Unternehmer zu kämpfen für einen höheren Lohn. Dann können wir von den Unternehmern in Vegesack nicht erwarten, daß sie sich mit uns solidarisieren und die Preise senken. Das ist ein Unding, Kollegen. Die Solidarität brauchen wir nicht von den Geschäftsleuten, sondern von den anderen Kollegen, von den Arbeitern, wie z. B. von Lürssen, AG Weser oder von Klöckner.«⁶⁰

Diese politischen Ansprachen entgingen der Geschäftsleitung nicht. In einem weiteren Brief an die Belegschaft machte sie die K-Gruppen und deren »kommunistische Pamphlete« für den Streik verantwortlich und forderte die Arbeiterinnen und Arbeiter auf, sich von diesen zu distanzieren.⁶¹ Dass die Geschäftsleitung bereit war, auch mit schärferen Mitteln gegen die K-Gruppen vorzugehen, zeigt eine Mitteilung an die Polizei Bremen, in der sie um Unterstützung bat, falls sich Studierende der Universität Bremen in die Geschehnisse auf dem Bremer Vulkan einschalten sollten.⁶² Ein Brief an das Bundeswirtschaftsministerium, in dem man über die Gefahr der »Radikalen« wie auch die unverständliche Haltung des Bremer Wirtschaftssenators berichtete, verdeutlicht, dass die Geschäftsleitung die Ereignisse auf der Werft sehr ernst nahm.⁶³ Man sah sich einer Bedrohung ausgesetzt, die die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens ernsthaft gefährden konnte. Kompromisse seien mit den »Radikalen« nicht zu erzielen, hieß es in einem Schreiben an den Arbeitgeberverband.⁶⁴

Wie schon angedeutet, gab es aber nicht nur Kritik vom Arbeitgeber, sondern auch von anderen politischen Akteuren auf der Werft. Die DKP sprach in den *Werftnachrichten* »... von wildgewordenen, rotlackierten, kleinkarierten anarchistischen spießbürgerlichen Spinnern und Gewerkschaftsfeinden, die sogenannten ›Freunde der KPD‹ (Leute, die noch nie Kommunisten waren, und es auch heute nicht sind, aber meistens im Hintergrund eine dicke Brieftasche ihres reichen Herrn Papas am Arsch kleben haben). Ihr Auftrag besteht darin, die gewählten und in diesen Tagen des Kampfes verantwortungsvollen Gewerkschafter der Vulkan-Werft zu verunglimpfen, zu verleumden, wie es die Bildzeitung und Strauß nicht besser machen könnten.«⁶⁵

60 Bericht über die Versammlung am 21. Juni 1973, in: Wilder Streik 1973, Bd. 1, StAB 7,2121/1-667. Heinz Scholz berichtete von Solidaritätserklärungen von Arbeitern der Klöckner-Hütte und machte sich für die Fortsetzung des Streiks stark, siehe die Berichte über die Versammlung am 19. und 20. Juni 1973, in: Wilder Streik 1973, Bd. 1, StAB 7,2121/1-667.

61 Brief an die Mitarbeiter am 18. Juni 1973, in: Streiks 1971–1973, StAB 7,2121/1-666.

62 Aktennotiz, Betreff: Wilder Streik beim BV – Unterrichtung des 21. Polizeireviere, 16. Juni 1973, in: Streiks 1971–1973, StAB 7,2121/1-666.

63 Brief an das Bundesministerium für Wirtschaft, z. Hd. Ministerialrat Pfeiffer, 18. Juni 1973, in: Streiks 1971–1973, StAB 7,2121/1-666.

64 Um mögliche finanzielle Folgen des Konflikts abzufedern, traf sich die Geschäftsleitung mit Vertretern des Arbeitgeberverbandes und bat um Unterstützung. In einem Schreiben an den Bremer Vulkan hieß es kurze Zeit später: »Bezüglich der Streikunterstützung fasste der Vorstand den Beschluss, dem Bremer Vulkan die gesamte Streikunterstützung des Unterstützungsfonds des Arbeitgeberverbandes für das gesamte Unterwesergebiet zukommen zu lassen.« Hausmitteilung, Betreff: Sitzung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie im Unterwesergebiet e.V. am 19. Juni 1973, in: Wilder Streik, Bd.1, StAB 7,2121/1-667.

65 Werftnachrichten, 22. Juni 1973, in: Wilder Streik, Bd.1, StAB 7,2121/1-667.

In diesem Zitat steckte eine grundlegende Kritik an den als bürgerlich etikettierten Akteuren der K-Gruppen. Sie wurden als Klassenfeinde interpretiert, die hier nicht im Sinne der Arbeiterinnen und Arbeiter auftraten, sondern nur für ihre eigenen Interessen kämpften.

Die Lösung sollte ein Gespräch mit der IGM-Bezirksleitung bringen. Der Bezirksleiter in Hamburg sollte Auskunft geben, was der Bremer Vulkan tun müsse, »um das Problem mit Unterstützung der Gewerkschaft zu lösen«.⁶⁶ Der Bezirksleiter willigte nach Absprache mit dem Hauptvorstand ein und kam noch am selben Tag der Anfrage zur Schlichtung nach Bremen. Auch er machte deutlich, dass ein Zugeständnis an die Belegschaft des Bremer Vulkan notwendig sei, um den Konflikt zu beenden. Ziel müsse es sein, keine Lohnverhandlungen in anderen Betrieben auszulösen und keinen Einfluss auf die kommende Tarifverhandlung auszuüben. Nachdem man sich darauf geeinigt hatte, traten Betriebsrat und Geschäftsleitung unter Vermittlung der IGM in die Verhandlung ein. Dass dieses Procedere den Kritikern in die Hände spielte, war den Beteiligten bewusst. Gleich zu Beginn des Treffens hatte der Bezirksleiter der IGM darum gebeten, dass die Anfrage zur Schlichtung nicht an die Presse weitergegeben werde.⁶⁷ Im Betrieb wurde die Beteiligung der IGM-Bezirksleitung an den Verhandlungen aber dennoch bekannt.

Ein Arbeiter sprach von »Beschneidung der Demokratie«, wenn die Belegschaft aus der Entscheidung über das Ergebnis herausgehalten werde.⁶⁸ Elster gehörte zu denjenigen, die die »Einmischung« in die Verhandlungen durch die IGM verurteilten. Er machte sich für eine Abstimmung stark, die die gesamte Belegschaft, auch die unorganisierte, einbeziehe, was aber nicht unbedingt auf Zustimmung stieß. So hieß es in einem Wortbeitrag, es sei zwar anzuerkennen, dass sich Unorganisierte am Streik beteiligten, dennoch sollte man »auf diese paar Mann« jetzt keine Rücksicht nehmen, »denn wir sind in der Hauptsache hier doch Gewerkschaftler, wenn das auch kein gewerkschaftlicher Streik ist«.⁶⁹ Ein anderer Wortbeitrag plädierte für ein Abstimmungsverfahren über die gewerkschaftlichen Vertrauensleute: »Wir wollen unseren Vertrauensleuten doch so viel [...] Verantwortung überlassen, daß sie in unserem Sinne, denn sie wissen, was wir wollen, in unserem Sinne so abstimmen, daß beide Seiten zufrieden sind, wir, die Geschäftsleitung, daß der Friede der Werft wieder hergestellt wird.«⁷⁰

Mehrere machten also darauf aufmerksam, dass sie die traditionellen Strukturen und repräsentativen Abstimmungsverfahren der Gewerkschaft beibehalten wollten. Wie groß der Anteil derer war, die die Argumente Elsters unterstützten und sich für ein basisdemokratisches Verfahren aussprachen, lässt sich nicht verifizieren. Im Protokoll heißt es, Elster habe »starken Beifall« für seine Rede erhalten.

66 Protokoll über eine Sitzung mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie im Unterwesergebiet e.V. am 19. Juni 1973, in: Wilder Streik, Bd. 1, StAB 7,2121/1-667.

67 Ebd.

68 Bericht über die Versammlung am 21. Juni 1973, in: Wilder Streik, Bd. 1, StAB 7,2121/1-667.

69 Ebd.

70 Ebd.

Das Ergebnis sah rückwirkend zum 1. Juni einen Abschlag von 25 Pfennig pro Stunde vor. Das bedeutete für die Arbeiterinnen und Arbeiter monatlich ungefähr 40 Mark mehr. Es war also weit entfernt von den ursprünglich geforderten 70 Mark. Zusätzlich gab es eine einmalige Treueprämie: ab einem halben Jahr Betriebszugehörigkeit 30 Mark, für jedes weitere 15 Mark bis zu 25 Jahren, und das Weihnachtsgeld erhöhte sich um 40 Prozent. Außerdem sollte die von der Geschäftsleitung vorgeschlagene Kommission gegründet werden, die die Löhne mit denen auf anderen Werften verglich.⁷¹ 150 Vertrauensleute stimmten für die Annahme des Ergebnisses, drei enthielten sich, drei stimmten dagegen.⁷²

IV. Nachwehen und Folgen

Das Ergebnis wurde sowohl von der DKP als auch dem KBB weitgehend positiv bewertet.⁷³ Der Streik erhielt in den Medien der K-Gruppen bundesweit Aufmerksamkeit. Hier wurde die Belegschaft des Bremer Vulkan mit besonderer Kampfbereitschaft gefeiert.⁷⁴ Dass es nur zu einem Teilerfolg gekommen war, schob man den Sozialdemokraten in die Schuhe. Besonders kritisch zeigte sich die Jugendorganisation des KBB, der Kommunistische Arbeiterjugendbund Bremen, der Kirchhoff und den IGM-Bezirksleiter als »sozialdemokratische Arbeiterverräter« verurteilte und missbilligte, dass sie die Vertrauensleute in ihre »schmutzigen Geschäfte« eingespannt hätten.⁷⁵ Es käme nun auf die Kommunisten an, der Belegschaft über die »Verräterei sozialdemokratischer Klassenversöhner« die Augen zu öffnen, die nur das Elend der Arbeiterklasse stabilisiere.

In der *Kommunistischen Volkszeitung* war zu lesen, dass man versuche, Heinz Scholz ins Betriebsarchiv zu versetzen, um »den größten Unruhestifter des ganzen Vulkan« von seinen Kollegen zu isolieren.⁷⁶ Ob dies tatsächlich umgesetzt wurde, kann nicht belegt werden. In späteren Berichten wurde Scholz noch als Kranarbeiter genannt.

Mittlerweile hatte die Kommission getagt, die die Löhne auf den Bremer Werften verglich. Als Ergebnis sollte die Lohngruppe 10 bis zu 25 Pfennig mehr bekommen und es sollten Zwischenlohngruppen eingeführt werden, die für einige Arbeiterinnen und Arbeiter Verbesserungen bedeuteten.⁷⁷ Im Kontext dieser Aushandlungen kam es noch

71 Brief an Betriebsrat Scholz, Betreff: Ihre Vermittlung zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat des Bremer Vulkan im Juni 1973, 25. Juni 1973, in: Wilder Streik, Bd. 1, StAB 7,2121/1-667.

72 Bericht über die Versammlung am 22. Juni 1973, in: Wilder Streik, Bd. 1, StAB 7,2121/1-667.

73 Werftnachrichten, 25. Juni 1973, in: Wilder Streik, Bd. 1, StAB 7,2121/1-667; Das Ruder, Extrablatt, 25. Juni 1973, in: Wilder Streik, Bd. 1, StAB 7,2121/1-667.

74 Berichtet wird durch die KPD/ML im »Roten Morgen«, in der Zeitschrift »Wir wollen alles« in mehreren Ausgaben, in der »Roten Fahne« der KPD, Nr. 27 vom 4. Juli 1973 und in der Betriebszeitung bei Hoesch: Der Metallarbeiter, Nr. 1 vom Juni 1973, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

75 Der Streik der Vulkanesen, in: Kämpfende Jugend (1973), H. 6/7 (Juni/Juli), zit. nach: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

76 Kommunistische Volkszeitung: Betriebsrat strafversetzt, 24. Oktober 1973, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

77 Das Ruder: Zur Angleichung der Löhne an andere Werften!, Nr. 10 vom 28. Oktober 1973, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

einmal zu einem Konflikt, da die Kritiker die Abschaffung der unteren Lohngruppen forderten. Bei der Verkündung lehnte die Mehrheit das Ergebnis ab, weshalb Kirchhoff von seinem Amt als Betriebsratsvorsitzender zurücktrat. *Das Ruder* interpretierte diesen Rücktritt als Konsequenz der vorangegangenen Ereignisse, da Kirchhoff nicht mehr die Mehrheit seiner Kollegen hinter sich wusste.⁷⁸ Der KBW triumphierte und hoffte, dass sich Scholz bei Neuwahlen durchsetzen würde.⁷⁹ Doch schließlich wurde der parteilose Fritz Bettelhäuser zum Nachfolger gewählt.

In den darauffolgenden Monaten versuchten die K-Gruppen an ihre Agitationen anzuknüpfen und mobilisierten für den Arbeitskampf während der nächsten Tarifverhandlung im Unterwesergebiet. Im Zusammenhang mit dem Unterweserstreik kam es erneut zu einem Ausschlussantrag von IGM-Gewerkschaftern der Verwaltungsstelle Bremen gegen Elster, Scholz und zwei weitere kommunistische Akteure. Folgende Begründungen für das Ausschlussverfahren wurden herangezogen: »gewerkschaftsschädigende Betätigung«, »Unterstützung antigewerkschaftlicher Parolen des KBW« und die Zugehörigkeit zu linksextremistischen Gruppen, die mit einer Mitgliedschaft in der IGM nicht vereinbar sei.⁸⁰ Eigentlicher Anlass war aber eine Versammlung am letzten Streiktag vor dem Betriebsgelände des Bremer Vulkan, bei der eine Unterschriftenliste verteilt wurde, die den Ausschluss der IGM-Gewerkschafter Loderer und vom Steeg forderte. Grund für die Unzufriedenheit der unterzeichnenden Arbeiterinnen und Arbeiter war das Schlichtungsergebnis, das bei der Urabstimmung von zwei Dritteln der IGM-Mitglieder abgelehnt worden war.⁸¹ Selbst hauptamtliche Gewerkschafter aus dem Unterwesergebiet hatten sich gegen den Einigungsvorschlag, der statt der geforderten 18 Prozent nun eine etappenweise Heraufsetzung von 11 auf 13 Prozent bis Ende des Jahres 1974 vorsah, gestellt. Die von den K-Gruppen angestoßenen Debatten fielen auf fruchtbaren Boden. Innerhalb der IGM entspann sich eine Diskussion, ob an der zentralistischen Tarifpolitik festgehalten werden sollte. Zwar setzte der IGM-Vorstand diese Politik auch beim Unterweserstreik durch, doch dass man angesichts der zunehmenden Kritik anfangen daran zu zweifeln, zeigt eine Studie, die von der IGM-Verwaltungsstelle in Bremen noch während des Streiks angeregt wurde und im Rahmen derer eine umfassende Befragung der Belegschaft durch die Universität Bremen durchgeführt wurde.⁸²

Gleichzeitig wurde das Ausschlussverfahren gegen die K-Gruppen-Mitglieder nicht infrage gestellt. So sehr die Betroffenen auch versuchten, sich gegen die IGM zur Wehr zu setzen, und Solidarität in der Belegschaft suchten: Die Ausschlussverfahren wurden umgesetzt.⁸³ Selbst die Vertrauensleute des Bremer Vulkan stimmten mit 74 gegen 30

78 *Das Ruder*: Kirchhoffs Rücktritt. Zusammenbruch der arbeiterfeindlichen SPD-Politik im Betriebsrat?, Extrablatt vom 6. November 1973, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

79 Rote Fahne: Solidarität mit H. Scholz, 20. November 1973, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

80 Einschreiben Herrn Dieter Bachmann, IGM Verwaltungsstelle Bremen, A. Weinkauf, Gerhard Klöver, Betr.: Verfahren nach §30 unserer Satzung, 22. Mai 1974, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

81 Forschergruppe »Metallerstreik«: Streik (Anm. 20), S. 79.

82 Ebd., S. 7.

83 Scholz schrieb, der Ausschluss sei rechtswidrig, weil die örtliche IGM nicht berechtigt sei, ein solches Verfahren zu beantragen, sondern sich der Vorstand in Frankfurt damit befassen müsse. Weiter

Stimmen für die Ausschlüsse.⁸⁴ Am 14. November 1974 begann die Verhandlung, die mit dem Ausschluss von Scholz und Elster sowie zwei weiteren Personen aus der IGM endete. Sie blieben aber auf dem Bremer Vulkan beschäftigt und waren weiterhin politisch aktiv. Scholz und zwei weitere vom Gewerkschaftsausschluss betroffene Kommunisten wurden im April 1975 sogar in den Betriebsrat gewählt.⁸⁵

V. Fazit

Der vorliegende Beitrag hat gezeigt, dass es sinnvoll ist, sich den Einfluss von Kommunistinnen und Kommunisten auf Betriebe, Gewerkschaften und deren etablierte Mechanismen und Strukturen sozialer Demokratie im Einzelfall anzuschauen. In der Gewerkschaftsbewegung hatte sich schon vor 1968 eine Protestbewegung von unten entwickelt, die auf gesellschaftliche Spannungen im Zuge des industriellen Wandels zurückzuführen war. Ausdruck fanden sie in einem breiten Spektrum an Streiks und im Aufleben eines gewissen »Arbeiterradikalismus«.⁸⁶ Sie waren das Ergebnis der Unzufriedenheit von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über die gewählten Formen der korporatistischen Politik, die zwar zu Sozialreformen und verbesserten Lebensstandards geführt hatten, aber nicht zu einer grundlegenden sozialen Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie, wie sie noch in den 1950er-Jahren zur Diskussion gestanden hatten. Der wilde Streik auf dem Bremer Vulkan war Teil dieser Unmutsbekundung und kann als Ausdruck des neuen Partizipationsverständnisses der Arbeiterinnen und Arbeiter interpretiert werden.

Die K-Gruppen schlossen an diese Kritik an und griffen die alten Ideen der Wirtschaftsdemokratie wieder auf. Interessant ist, dass die Akteure nicht nur aus dem studentischen Umfeld kamen, sondern unter ihnen auch langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Betriebs waren, wie z. B. Heinz Scholz. Dies lässt die häufig aufgestellte These, es habe sich vor allem um einen Generationenkonflikt gehandelt, fragwürdig erscheinen und verweist darauf, dass die Erneuerung und Demokratisierung der Gewerk-

beklagte er, dass Arno Weinkauf, der den Antrag mitunterzeichnet hatte, befangen sei, weil Scholz auch gegen ihn einen Ausschlussantrag gestellt habe. Antwortschreiben von Heinz Scholz. An die Verwaltungsstelle der IG-Metall Bremen!, 6. Juni 1974, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14). Im gemeinsamen Schreiben der anderen Betroffenen hieß es, sie hätten sich an den Interessen der Kollegen orientiert. Es müsste bewiesen werden, dass Lohnforderungen, »raus aus der Konzierten Aktion« und die Forderungen nach einer kampfstarken und klassenbewussten Einheitsgewerkschaft antigewerkschaftlich und gewerkschaftsschädigend seien. Eilbotenschreiben an die IG-Metall-Ortsverwaltung Bremen, Abs. Heinz Koldehofe, Dieter Bachmann, Hartwig Elster, Bremen d. 6.6.74, in: Schröder: Bremer Vulkan AG.

84 Kommunistische Volkszeitung: Bremer Vulkan. Vertrauensleute verurteilen Ausschlüsse, Nr. 13 vom 26. Juni 1974, Mannheim, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

85 Kommunistische Volkszeitung: Ein Schritt vorwärts, Nr. 16 vom 24. April 1975, Mannheim, in: Schröder, Bremer Vulkan AG (Anm. 14); Kommunistische Volkszeitung – Bezirksteil Bremen-Unterweser: Die Betriebsratswahlen auf dem Bremer Vulkan, Nr. 42, vom 17. Oktober 1977, Bremen, in: Schröder: Bremer Vulkan AG (Anm. 14).

86 Martin Conway: *Western Europe's Democratic Age. 1945–1968*, Princeton 2020, S. 233.

schaftsbewegung ein zentrales und für viele wichtiges Anliegen war. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man berücksichtigt, dass die K-Gruppen vor allem dann erfolgreich waren, wenn eine Unzufriedenheit über die Betriebsratsarbeit vorherrschte und sie später – trotz der gewerkschaftlichen Ausschlussverfahren – in den Betriebsrat gewählt wurden.⁸⁷ Dass es bei der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter aber an der von den K-Gruppen erhofften »ideologischen Festigkeit« fehlte, zeigt der Ausgang des wilden Streiks, bei dem sich Modelle basisdemokratischer Abstimmungen nicht durchsetzen konnten.⁸⁸

Die Gewerkschaft reagierte auf die kommunistischen Akteure zunächst mit Überforderung, was das erste Ausschlussverfahren des Betriebsratsvorsitzenden beim Bremer Vulkan gegen vier K-Gruppen-Mitglieder deutlich macht. Nach weiteren Agitationsversuchen und Angriffen auf Personen in der Gewerkschaftsleitung wurden die Ausschlussverfahren, wenn auch von einigen innerhalb der IGM als »undemokratisch« bezeichnet, allerdings konsequent durchgesetzt. Für die Betroffenen war dies aber kein Grund zum Rückzug. Sie blieben im Betrieb beschäftigt und setzten ihre politischen Aktivitäten sogar fort. Dass sich später doch viele politisch Aktive zurückzogen, lag an den Erosionsprozessen der K-Gruppen in den späten 1970er-Jahren selbst.

87 Nicht nur beim Bremer Vulkan, sondern beispielsweise auch bei der Howaldt Deutsche Werft AG in Kiel 1975. Andresen: *Gebremste Radikalisierung* (Anm. 12), S. 351. Zum allgemeinen Wandel der Betriebsräte bis Ende der 1970er-Jahre siehe auch Werner Milert/Rudolf Tschirbs: *Von den Arbeiterausschüssen zum Betriebsverfassungsgesetz. Geschichte der betrieblichen Interessenvertretung in Deutschland*, Köln 1991, S. 477.

88 Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt Knud Andresen: *Gebremste Radikalisierung* (Anm. 12), S. 345.

